

Tagesordnung I Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 18. März 2009

Vorlagen-Nr. 09-F-01-0030

**Zahlungsverpflichtungen der Kommunen im Länderfinanzausgleich
-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 10.03.2009-**

In der Koalitionsvereinbarung auf Landesebene steht, dass das Land „die aus den Gewerbesteuererinnahmen der Kommunen enthaltenen Nettozahlungsverpflichtungen des Landes im Länderfinanzausgleich mit den einzelnen Kommunen spitz abrechnen“ will. Während die Stadt Frankfurt dagegen bereits protestiert hat, wollte der Wiesbadener Oberbürgermeister sich erst noch genauer über die Planungen des Landes informieren.

In diesem Zusammenhang wird der Magistrat gebeten zu berichten,

- ob er inzwischen abschätzen kann, welche Belastungen durch die Umsetzungen der Koalitionsvereinbarung auf die Landeshauptstadt zukommen würden?
- über welche Informationen er inzwischen hinsichtlich der Planungen der Landesregierung verfügt?
- ob er Kenntnis darüber hat, dass die Landesregierung an der Umsetzung der Vereinbarung festhält?
- ab wann die Kommunen bei einer Umsetzung der Vereinbarung zusätzliche Zahlungen zu erwarten hätten?

Beschluss Nr. 0108

Der Antrag ist durch die Aussprache und die Zusage des Oberbürgermeisters, in einer der nächsten Sitzungen erneut zu berichten, erledigt.

Wiederaufnahme in die Tagesordnung 06.05. oder 24.06.2009

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2009

Horschler
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .03.2009

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2009

Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister